

— **Gornsdorf.** Die ausgesperrten und streikenden Textilarbeiter beschlossen, den Kampf weiter fortzuführen. Da auch in anderen ergebirgischen Städten und Ortschaften (Zsönitz, Reinsdorfer, Meinersdorf) zahlreiche weitere Arbeiter diese Woche in den Ausstand getreten, bzw. ausgesperrt wurden, hat sich die Zahl der Streikenden auf rund 800 Mann erhöht. In Gornsdorf dauert der Kampf nun schon sieben Wochen.

— **Dresden.** In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt kam es zu einem bemerkenswerten Konflikt zwischen dem Amtshauptmann Geh. Rat Frhrn. v. Salza und Lichtensau und dem Gemeindevorstand Hanns aus Niederlöbnitz. Die Gemeinde Bühlau suchte um Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens von 18000 Mk. zu Verschleisszwecken nach und bat mit Rücksicht auf die schon vorhandene Schuldenlast um eine 50jährige Tilgungsfrist. Der Amtshauptmann befürwortete das Gesuch, trat aber für eine 45jährige Tilgungsfrist ein, weil sich die Lebensdauer einer Verschleissanlage schwer voraussagen lasse und außerdem die Belastung der kommenden Generation als ungerecht erscheinen müsse. Der Gemeindevorstand trat diesen Ausführungen entgegen und wollte eine Äußerung des Amtshauptmanns über das Schuldenmachen der Gemeinden gehört haben, der er energisch widersprach. Obwohl der Amtshauptmann ausdrücklich feststellte, daß er die betreffende Äußerung nicht getan hätte, nahm der Gemeindevorstand seine Aussagen nicht zurück, auch dann nicht, als der Amtshauptmann ihn nochmals darum ersuchte. Man darf gespannt sein, was dieser Vorgang für Folgen haben wird.

— **Dresden.** Die Stadtkorrespondenten stimmten vorgestern einstimmig der Aufnahme einer vierprozentigen Stadtanleihe von 40 Millionen Mark zu, die bis 1912 begeben werden soll. Der Referent des Finanzausschusses wies bei dieser Gelegenheit auf das bedauerliche Anwachsen der Anleiheschulden der Stadt hin, die jetzt auf den Kopf der Bevölkerung 265 Mk. betragen. Seit 1888 sei die Schuldenlast der Stadt um das Siebenfache gestiegen. Immerhin nehme Dresden in der Reihe der deutschen Großstädte bezüglich der Schulden noch nicht einen der ersten Plätze ein und stand in dieser Hinsicht im Jahre 1905 an erster Stelle. Leipzig und Chemnitz lägen allerdings erst nach Dresden. Vizepräsident Dr. Vogel mahnte dringend zur Sparsamkeit.

— **Leipzig.** Der frühere Redakteur der „Eppa Volksztg.“, Winkel, ist wegen Verleumdung der Königsbräuer Polizei, begangen durch einen Artikel unter der Überschrift „Eine freche Rechtsbeugung“, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

— **Plettha.** Aufgehoben hat der zuständige Bezirksausschuss die Wahl zum Gemeinderat infolge Beschwerden über Wahlirregelmäßigkeiten.

— **Baldenburg.** Im hiesigen Lehrerseminar sind seit einigen Wochen mehrere Schüler an Scharlach erkrankt. Die Krankheit tritt nicht geradezu epidemisch auf, sondern verbreitet sich allmählich weiter; bis jetzt sind 13 Fälle konstatiert worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— **Die Agitation für die preussische Wahlrechtsreform** nimmt in Berlin schon englische Formen an. In den Hauptstraßen Berlins sieht man jetzt überall an Häusern, Laternenmasten und Laternenpfählen kleine Marken mit der Aufschrift: „Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Preußen!“ Die männlichen und weiblichen „Markenkleber“ versehen auch Droschkeln und Autos als Träger dieser Miniaturplakate. Diese Art der Wahlrechtpropaganda geht von den Berliner Frauenrechtlerinnen aus, die damit dem Beispiel ihrer Londoner Gefinnungsgenossinnen folgen.

— **Aus dem bayerischen Landtag.** Die sozialdemokratische Fraktion hat im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Vereine (Gewerkschaften und Gewerksvereine), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihre Mitglieder statutenmäßig unterstützen, eine Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten. — **Wär der Gedanke nicht so verwünscht** geseht, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. Der Staat soll also seinem Lobseind Sozialdemokratie die Mittel und Waffen zum Kriegführen liefern? Denn darauf läuft die Tendenz des Antrags nur hinaus: auf die Nachfüllung der Streifenlassen mit staatlichen Geldern. Man sage nicht, die staatsfeindliche Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben nichts miteinander zu tun. Wir sind jeden Tag in der Lage, das Gegenteil nachzuweisen.

— **Eine sonderbare Forderung** stellt P. Jagusch-Tannenbergr i. E., der Herausgeber der „Korr. d. Ev. Bund. f. d. sächs. Tagespr.“. In herzlich ungeschickter Form hatte die genannte „Korrespondenz“ kürzlich die beiden Reichstagsabgeordneten Zimmermann (Ref.) und Stolle-Gesau (soz.) verdächtigt, einen vertraulichen Brief des Superintendenten Kirchenrat D. Meyer-Zwidau, den dieser an 16 sächsische Reichstagsabgeordnete gelaugt, der kirchlichen „Sächs. Volksztg.“ zugestuft zu haben. Wir hatten darüber berichtet. Was zu erwarten war, geschah: sowohl Stolle, wie auch Zimmermann verwahrten sich energisch gegen die plumpe Verdächtigung. Ja, Abg. Zimmermann wurde warm dabei und bezeichnete das Vorgehen der „Korrespondenz“ als „freche und haltlose Verleumdung“. Als Produkt ihrer Verlogenheit sieht nunmehr die „Ev. Bund.-Korr.“ eine neue Taktlosigkeit in die Welt, indem sie meint, „es sei ihrer Meinung nach einfache Anstandspflicht, daß die „Sächs. Volksztg.“ den Namen des Mannes nenne, der ihr jenen Brief ausgehändigt habe, damit nicht wieder falsche Gerüchte entstehen“!! Weit entfernt davon, uns zum Schlußknappen des sächsischen Zentrumsblattes zu machen, glauben wir aber doch im Interesse des Ansehens des Journalismus darauf hinweisen zu sollen, daß heute beinahe jedes Kind Kenntnis davon hat, daß es oberste Pflicht jedes Zeitungsmannes ist, das Redaktionsgeheimnis unter allen Umständen zu wahren. Wer freilich von dieser ganz selbstverständlichen Voraussetzung nichts weiß, sollte unieres Erachtens lieber auf jedwede Verärgung im Zeitungswesen verzichten. Wohl jeder Zeitungsjachmann würde einen solchen Entschluß begrüßen.

Koloniales.

— **Eine Tabakfabrik in Omaruru** soll als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden. Der dortige Farmerverein hat sich mit diesem Plane befaßt, und es hat den Anschein, daß er Aussicht auf baldige Verwirklichung hat. Es ist zwar vor längerer Zeit schon für den nördlichen Teil der Kolonie ein Sachverständiger für Tabakbau bestellt worden, aber bisher ist nach der „Dtsch.-Südm.-afrik. Ztg.“ über seine Tätigkeit nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Das Blatt betont mit Recht, daß es dem Farmer und Kleinbändler auf praktische Unterweisung ankomme; man müsse ihm die Handgriffe und die Behandlung des Tabaks vormachen und ihm die verschiedenen Fermentierungsmethoden zeigen, dann werde er auf der Grundlage mit der Wahrscheinlichkeit des Erfolgs weiter arbeiten können. Von der Errichtung einer staatlichen Tabakfabrik höre man nichts mehr; private Unternehmungen in dieser Richtung zu unterstützen, sei auch vielleicht ein besserer Weg und führe durch Förderung eines gesunden Wettbewerbs eher zum Ziele.

— **Pioniere und Eisenbahntuppen für Deutsch-Südwestafrika?** Es heißt, daß Dernburg mit dem Gedanken umgeht, einen Teil der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika durch Pioniere und Eisenbahntuppen zu ersetzen, die beim Bau der Linie Windhuk-Reetmanshoop zu beschäftigen wären.

Oesterreich-Ungarn.

— **Die Landtagswahlen in Böhmen** haben nunmehr begonnen. Und zwar sind zunächst die Wahlen in den Landgemeindefurien vollzogen worden. Unter den bisher gewählten Abgeordneten sind 33 tschechische Agrarier, 1 Jungtscheche, 1 Mitglied der tschechischen katholischen Volkspartei, 1 selbständiger Agrarier, 2 Deutschfortschrittliche, 11 deutsche Agrarier, 5 Deutsch-Radikale, 2 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 5 Schönerianer, 2 selbständige Nationale, darunter Minister Beschla, 1 freinationaler Agrarier und 1 Wilder. 17 Stimmwahlen sind notwendig. In den deutschen Bezirken sind meistens Siege der deutschnationalen Parteien, aber sehr viele Niederlagen der Sozialdemokratie zu verzeichnen, während der christlich-soziale Merkantilismus trotz agitatorischer Tätigkeit erkennen muß, daß in Deutschböhmen sein Weizen noch lange nicht blähen dürfte.

— **Die Obstruktion im ungarischen Abgeordnetenhaus** geht weiter. Sie richtet sich gegen die Hausordnungsrevision, die die Mundtotmachung der Radikalen bringen würde. Zwar hofft die Regierung auf baldige Niederrückung der Opposition — ein Wunsch, dessen Erfüllung vorläufig noch wenig Wahrscheinlichkeit hat.

Frankreich.

— **Jaurès und die Antimilitaristen.** In der gestrigen Kammer Sitzung forderte der Sozialist Jaurès den Justizminister auf, das gerichtliche Verfahren gegen alle Unterzeichner des antimilitaristischen Manifests einleiten zu lassen, und nicht nur, was dies bisher geschah, gegen 12 von ihnen. Jaurès kritisierte diese Art der ungerechten Verteilung der Justiz. Der Justizminister antwortete, das Schwurgericht besaße sich zurzeit mit dieser Angelegenheit, und so könnten vorläufig keine anderen Verfügungen vorgenommen werden.

Türkei.

— **Die augenblickliche Finanznot der türkischen Regierung** nimmt nachgerade einen gefährlichen Charakter an. Der größte Teil aller Beamten hat seit August v. J. kein Gehalt mehr bekommen. Der Finanzminister, sowie der Chef der Komptabilität erscheinen nur noch selten und dann heimlich im Finanzministerium aus Furcht vor der Menge Menschen, die das Finanzministerium förmlich besetzt halten, weil sie kein Geld bekommen können. Der Finanzminister erklärte, aus dem Hinblick strengste Befehle erhalten zu haben, keine wie immer gearteten Zahlungen zu leisten (!). Dabei liegen Hunderte von speziellen Rabinetsorders des Sultans vor, die verschiedene sofortige Zahlungen befehlen. Diese Rabinetsorders bleiben vollständig unberücksichtigt gemäß dem angeblichen Befehl aus der Umgebung des Sultans, keinerlei Zahlungen mehr zu leisten.

Amerika.

— **Korruption?** Repräsentant Waldo beantragte eine Washingtoner Meldung zufolge, den amerikanischen Richter in Shanghai in Anklagezustand zu versetzen, weil er einzelne Anwälte begünstigt habe. Repräsentant Wiley will die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung darüber verlangen, ob eine Unterebootsgeellschaft Kongressmitglieder beeinflusst habe. Viel besprochen wird nämlich, daß die Marinekommission zwei Schlagschiffe gestrichen, aber acht Untereboote statt der vier verlangten bewilligt habe und Bedingungen setzte, die eine Konkurrenz ausschließen. 1903 wurde ein Befestigungsversuch zugunsten derselben Gesellschaft nachgewiesen. Möglicherweise handelt es sich diesmal nur um Verdächtigungen einer Konkurrentenfirma.

— **Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizisten** kam es in Philadelphia. Die Unruhen gingen von einer etwa 1500 Mann starken Ansammlung Arbeitsloser aus. Diese, zumeist Russen und Italiener, zogen mit roten Fahnen zum Rathaus, um dort vom Mayor Arbeit zu verlangen. Während der Zug sich durch die Straßen bewegte, begingen die Demonstranten fortgesetzt grobe Ausschreitungen gegen Passanten, die in Wagen vorüberführten, und auch gegen das Publikum auf den Trottoirs. Die Polizei schritt gegen die Ruhestörer ein, versuchte aber vergeblich, den Zug zu sprengen. Ihre Aufforderung zum Auseinandergehen wurde durch eine Salve von Pistolenkugeln beantwortet. Soweit bisher festgestellt worden ist, sind drei Polizisten durch Schüsse verwundet, drei unbeteiligte Zuschauer verletzt und vierzehn von den Teilnehmern am Zuge mit Verletzungen in Krankenhäusern eingeliefert.

Vermischtes.

— **Eine ungeheuerliche Expressergeschichte.** Ein reicher Münchener Großindustrieller erhielt vor einigen Tagen einen von Meyer unterschriebenen Brief, worin er zur Zahlung von 100000 Mark aufgefordert wurde, falls er nicht einen seiner Söhne durch den Tod verlieren wolle. Wenn er dies Geld zahlte, würden doch noch eine Million Mark verlangt werden, da auch der zweite Sohn getötet werden solle. Der Expressbrief blieb zunächst unbeachtet. Aber die beiden Söhne des Industriellen wurden bald darauf auf dem Heim-

weg von der Schule von zwei fremden Knaben attackiert, mit Salzsäure übergossen, aber glücklicherweise nur unerschädlich verbrannt. Es ist nun festgestellt worden, daß einige Tage vor dem Attentat ein fremder Mann in der Nähe des Prinzregententheaters Schulknaben mit Geld und Sächtigkeiten verleiten suchte, den beiden Knaben des Industriellen Salzsäure, die er den verleiteten Knaben geben wollte, ins Gesicht zu schütten. Am Tage des Attentats erhielt der Industrielle einen weiteren Brief, dieses Attentat sei nur ein kleiner Beweis für die Ernsthaftigkeit der ausgesprochenen Drohung. Er solle in einem Inzerat unter bestimmter Stichmarke zu erkennen geben, ob er nunmehr zahlen wolle oder nicht. Dies geschah denn auch zustimmend, worauf der Express aber doch nicht zum Steilbleiben erschien, bei dem er allerdings keine Zahlung, sondern die Festnahme zu erwarten gehabt hätte.

— **Aus dem „roten Offenbach“.** Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde gestern der langjährige Offenbacher Ober-Stadtbuchhalter Grobe verhaftet. Er war schon vor einigen Tagen vom Amte suspendiert worden, weil der Bürgermeister Dr. Düllo in seiner Kasse ein großes Rantlo entdeckt hatte, welches nach den nunmehrigen Feststellungen 47000 Mark beträgt. Gestern wurde abermals ein Fehlbetrag von 3000 Mark festgestellt. Grobe behauptet, es seien ihm von den Anleihegebern des Jahres 1902 50000 Mark gestohlen worden.

— **Ein Kapitalverbrechen im wahren Sinne des Wortes.** Eine Züricher Bank soll durch englische Börsengangener um mehr als eine halbe Million geprellt worden sein.

— **Katastrophen in Nordamerika.** Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Washington Globe-Kohlengrube, unweit Newcastle. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, haben etwa vierzehn Menschen dabei ihr Leben verloren. Wahrscheinlich ist die Zahl der Toten aber noch größer. Umfassende Rettungsmaßnahmen sind ergriffen, aber die Rettungsmannschaft ist sehr gefährdet. Im Posthaus der Hercules-Pulverwerke in Berkeley (Kalifornien) sind zehn Tonnen Dynamit explodiert, wobei 28 Personen getötet wurden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

— **Ausstellung von Gemälden des Münchner Künstlers Rudolf Kndlich im Bildersaal des Kal. Seminars.** (Unentgeltlich zu besichtigen Sonntags von 12-4 Uhr und Mittwochs von 2-4 Uhr.) Wir machen darauf aufmerksam, daß die beiden großen Oelgemälde „Hexentanz“ und „Im Sommer“ nur noch bis Ende Februar ausgestellt bleiben, da sie Anfang März nach Dresden gefandt werden müssen zur Ausstellung im Sächsischen Kunstvereln. Der Kunstreferent der Gemminger „Allg. Ztg.“ rühmt an dem köstlichen Jbid „Im Sommer“ „vornehmlich den feinen Sinn für das Anmutige und Behagliche, für Zusammenfassung der Figur mit der Landschaft“. Als ein ganz besonders gelungenes Stück der stimmungsvollen intimen Landschaftsmalerei bezeichnet er auch die „Oberkrantischen Bauernhäuser“.

Telegramme und Neueste Nachrichten.

22. Februar.
* **Berlin.** Dem Reichstag ging ein Antrag Spethmann und Genossen zu: Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 14 Mitgliedern einzusetzen zur Prüfung des Planes einer aus privaten Mitteln zu schaffenden **Kanalverbindung** der Ederförder Bucht und eventuell der Schlei mit dem Kaiser-Wilhelm-Kanal unter Abschluß einer Tarifgemeinschaft zwischen der Baugesellschaft und dem Reich.

h. **Brüssel.** Der marokkanische Finanzminister El Mokri, der sich seit Monatsfrist in Paris aufhält, ist hier eingetroffen und beabsichtigt, mit hiesigen Finanzkreisen wegen der **Aufnahme einer marokkanischen Anleihe** Fühlung zu nehmen. El Mokri reist von hier nach London und wird später auf dem Rückweg nach Paris nochmals Brüssel berühren.

h. **London.** In New-Castle fanden gestern Konferenzen zwischen den Vertretern der Werften und den Arbeitern statt. Die Arbeitgeber beschloßen im Laufe des gestrigen Abends, angesichts der bestehenden Not alle diejenigen Arbeiter weiter zu beschäftigen, mit denen sie nicht in Konflikt geraten, mit Ausnahme der Schiffskonstruktoren, die weiter **ausgesperrt** bleiben. 50000 Personen sind hierdurch brotlos. Die Unternehmer bestehen dieser Kategorie gegenüber auf dem Verlangen, daß sie die Bedingungen der Werften annehmen.

h. **Rom.** Vor Schluß der gestrigen Kammer Sitzung fragte Barzilai den Minister des Auswärtigen, Tittoni, wann er die **Ballaninterpellation** beantworten werde. Auf Tittonis Erwiderung, daß er sich den Tag vorbehalten, meinte Barzilai spöttisch, daß der Minister von Baron Kehrenthal im Dunkel gelassen worden sei, er habe wohl Zeit zur Ueberlegung nötig und wolle warten, bis er bessere Nachrichten erhalten habe. Tittoni antwortete, daß er die Wahrheit sagen werde, gleichviel, ob sie angenehm oder unangenehm sei.

h. **Rom.** Der **Projekt Rasi** wird am Montag vielleicht zu Ende gehen. Da gestern mit der Rede des Hauptverteidigers Rasis die Plaidoyers geschlossen wurden. In Rasis Vaterstadt Trapani, deren Bürger auf die Freisprechung Rasis hoffen, herrscht große Erregung. Die Regierung verstärkt die Polizei und das Militär auch in anderen größeren Städten Siziliens, um gegenüber eventuellen Unruhen gerüstet zu sein.

h. **Madrid.** Der Senat setzte gestern die Debatte über das Bombenattentat in Barcelona und die **Aufhebung der konstitutionellen Garantien** fort. Ministerpräsident Maura führte aus, daß die Aufhebung der konstitutionellen Garantien ausschließlich durch den Wunsch und die Pflicht der Regierung veranlaßt worden sei, den öffentlichen Frieden und die Sicherheit der Bürger zu wahren. Es handele sich keineswegs um eine Diktatur. Der Senat billigte die Regierungserklärung.

* **Petersburg.** Laut Depesche aus Boroneß, Nowotcherbasck und anderen Städten herrscht bereits seit zwei Tagen dort **heftiger Schneesturm**. Die Eisenbahnverbindungen auf den Südwestbahnen sind deshalb unterbrochen.

* **Sofia.** Die bulgarische Presse fordert in der Frage der geplanten **Eisenbahnverbindung auf der Balkanhalbinsel** die Regierung auf, die günstige Gelegenheit zu benützen, um die Verbindung der bulgarischen und türkischen Eisenbahn-

lienen
Mach
h
den
Balk
die
schad
projek
italien

Ra
h
Rege
auf G
darf
Dr.
spred
statts
Art d
in de
lichen
Vor
Reich
Reich
gierun
h
in de
Straß
Groß
Ober
den v
überne
name
verme
Gener
tätig,
Brand
Taufe
h
gemeld
schleger
mit de
h.
ein ne
Es befr
zuführe

ASSO
Wit
ber 1. W
Numm

Schlies
br

B
oder T
sicher u
männig
lose Ber
stel

2 Holl
gesucht

Jung. E
Rebensbe
arbeit. G
In die Exp

Einen
für die
Wädchen
lucht solort

Zwei er
werden jof
Otto

6 Lo
für S
sucht für
Gräfl. V

Knaue
Bäder z
Lehrstelt
Wädernelst

Geübl
suchen
Schuck

Jüngere
auch Oster
Dienst gefund

1 Heiß, br
in häusliche
mit etwas
orgen hoben
Fran E

Ein kräftig
wird als
Zu erfahren

Groß Sch
gesucht W